

begann fünfzehn Meilen nördlich von Aleppo. Die Türken blieben sich zurück.

Sunaris erklärte in Athen im Ministerrat, daß die Nachmittagsbesprechung der Truppen in den besetzten Gebieten Kleinasiens ausgedehnter geregelt sei. Die griechischen Verluste schätzte man offiziell auf 1200 Tote und 6000 Verwundete.

Sunaris soll ferner erklärt haben, daß Angora nur besetzt werden soll, wenn dies unbedingt nötig ist. Auf jeden Fall ist nicht die Besetzung Angoras, sondern die allgemeine Zerstörung der Reste der türkischen Streitkräfte das Ziel der griechischen Operationen.

Sunaris konnte noch nicht sagen, wann die Operationen ungefähr beendet sein werden.

Türkische Berichte. Während in Smyrna fortgesetzt griechische Verstärkungen eintreffen, wird aus Konstantinopel auch erhöhte Aktivität an der türkischen Front gemeldet. Kemal soll die Absicht haben, bei Angora eine Entscheidungsschlacht zu liefern.

Sabas meldet aus Angora, daß nach einer Debatte über die militärische Lage die türkischen Militärbehörden im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen und sich nach Casarea zurückzuziehen.

Infolgedessen werden die Nationalversammlung und die Verwaltung nach Casarea verlegt.

Die Gärten (Kaisarie) liegt südlich von Angora, etwa in der Mitte zwischen dieser Stadt und dem Euphratstrom.

Die neutralen Alliierten.

Der griechisch-türkische Krieg ist auch auf der Konferenz zu Paris zur Sprache gekommen. Es äußerten sich hierzu, wie drücklich gemeldet wird, Marschall Foch und der englische Oberst Heywood, der an der griechischen Front gewesen ist.

Die beiden Militärachverständigen erklärten, über das endgültige Ergebnis des türkisch-griechischen Konfliktes werde man vielleicht erst nach einigen Monaten urteilen, da die endgültige Entscheidung überall hinausgeschoben werden könne.

Die Absicht der Alliierten sei, in diesem Konflikt neutral zu bleiben. Eine andere Handlungsweise sei nicht möglich, da die beiden kriegführenden Parteien bis zur Stunde einen Vermittlungsvorschlag noch nicht anernommen hätten.

Die Tatsache, daß die beiden Militärs politische Erklärungen abgaben, ist merkwürdig.

Die Spanier in Marokko.

Sehr kritische Lage.

In London hat man sehr ernste Nachrichten über die Lage der Spanier in Melilla erhalten. In den letzten Tagen sind die Maroren sehr schnell vorgerückt, so daß sie bereits in Reichweite der Geschütze der Stadt stehen.

Nach dem „Journal“ hat Abd el Aziz den spanischen Behörden mitgeteilt, daß alle in seinen Händen befindlichen Gefangenen abgeschlachtet würden, wenn die Spanier versuchen sollten, auf das Rif-Gebiet vorzudringen, ebenso, wenn spanische Flugzeuge maurische Dörfer bombardierten.

Von Madrid aus sucht man zu beruhigen. Angeblich rechnet man dort damit, daß in zehn Tagen 50 000 Mann in Melilla sein werden, und daß die Garnisonen Ceuta, Tetuan und Larache durch 30 000 Mann verstärkt werden.

Die Auffrischungen, die es in diesen Meldungen, liefern ererbte Kämpfe gegen die Reste der Kolonne Navarro, die ihren heldenmütigen Widerstand auf dem Berge Arruit trotz der Verluste fortsetzt.

Neuere Meldungen zufolge soll die Ministerkrise in Spanien einer Lösung nahe sein. Der König will, wie verlautet, auf den bewährten konservativen Parteiführer Maura zurückgreifen, der seit dem Jahre 1903 bereits fünfmal spanischer Ministerpräsident war.

Brennende Wirtschaftsfragen.

Leuerung und Lohnsteigerungen.

Unsere Zeit steht im Zeichen einer neuen Steigerung des Geldbedarfs in jeder Hinsicht, wobei ein Teil den andern treibt. Von der politischen Lage nimmt diese Kette ohne Ende ihren Anfang.

Die unersättlich hohen Anforderungen für die aus dem Ultimatum flammenden Leistungen und für die Unterhaltung der Besatzungsarmeen ziehen die ebenso unerhöht hohen Steuerlasten nach sich, diese wieder bedingten im Zusammenhang mit den steigenden Lebensmittelpreisen eine Erhöhung aller Löhne und Gehälter, wodurch wieder die Fabrikation vieler notwendiger Bedarfsartikel verteuert wird.

Alles das drückt auf die Kaufkraft der Mark, und der sinkende Wert des Geldes wiederum ruft nach einem neuen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der breiten Schichten der Bevölkerung. Auf Grund dieser Überlegungen wird jetzt vom Reichsfinanzministerium angefragt, wie man von Seiten der Regierung zu diesem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung Stellung zu nehmen gedenkt.

Das Ministerium veröffentlicht folgende Meldung: Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag vornehmlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu befassen haben.

Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit vornehmlich demnach die Ertragssteigerung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuererhöhung, z. B. eine etwaige Vertierung von Rohstoffen, eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und inwieweit dem bei der durch die Reparation ausserordentlich angespannten Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist.

Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstage nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Weitere Steuerpläne.

Auch das Steuerprogramm der Regierung, dessen erster Teil kürzlich in Gestalt von 15 neuen Vorlagen bekanntgegeben wurde, bedarf noch der Ergänzung. Die Beratungen darüber, wie eine Erhöhung der Sachwerte über die laufende Vermögenssteuer hinaus möglich ist, dauern noch fort.

Es soll jetzt ein besonderer Kontributionsetat im Rahmen des ordentlichen Haushaltsvoranschlags eingelegt werden. Beziffert wird er mit 42 bis 50 Milliarden Mark. Eine weitere Vermehrung der Ausgaben ist von den bevorstehenden Lohn- und Gehaltssteigerungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu erwarten. Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und sich schon in den nächsten Tagen mit den Parteien darüber ins Benehmen zu setzen.

Der gesamte jährliche Finanzbedarf des Reiches wird sich, wenn man von den Salutschwankungen einmal abstrahiert, auf ungefähr 120 bis 130 Milliarden Mark belaufen. Davon sind bisher etwas mehr als 50 Milliarden Mark durch Einnahmen gedeckt. Die Mehrheit des Kabinetts

mit dem Reichsfinanzminister an der Spitze ist der Ansicht, daß eine Erhöhung der Sachwerte durch hypothekarische Belastung des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes und durch eine direkte Besteuerung des Reiches an den Industrieunternehmungen schon allein an den politischen Machtverhältnissen scheitern würde.

Aber darüber hinaus seien auch die praktischen Schwierigkeiten, wenn man an die Verwirklichung dieser Gedanken heranträte, so groß, daß das Problem, zurzeit wenigstens, unlösbar erscheine. Dagegen denkt die Regierung dabei an eine Kapitalisierung der Körperschaftsteuer, die der Vorlage nach von 10 auf 30 Prozent erhöht werden soll und nicht bloß den ausgeschütteten, sondern den Gewinn überhaupt steuerlich heranziehen will.

Die Aktien-Gesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. könnten nach diesem Plane Steuerbefreiung ausstellen, die gewissermaßen einen Wechsel auf eine Reichsbeteiligung darstellen. Auf diese Weise könnten die Gesellschaften das Reich oder seine Finanzorgane Generalpapiere ausgeben oder die Steuerbefreiung selbst auf den Markt werfen, um rasch größere Beträge dem Reich zuzuführen.

Die Beratungen über diese Fragen sind noch im Gange. Ferner erwägt man die Möglichkeit, die sämtlichen Besitzer des Produktionskapitals (nicht des Rentnerkapitals), auch alle Kreditinstitute, Gewerkschaften, Sparkassen, Banken usw. durch eine Zwangsbesteuerung

den Reparationsverpflichtungen dienlich zu machen. Auch das steht das Kabinett als eine Möglichkeit des Reiches an den Sachwerten an. Das Währungsproblem hofft man zu Beginn des neuen Jahres in Angriff nehmen zu können, um damit dann die große Finanzreform zum Abschluß zu bringen.

Es sei jedoch nochmals betont, daß es sich bei allen diesen Plänen noch nicht um endgültige Beschlüsse handelt.

Kapitalverkehrs- und Umsatzsteuer.

Einzelheiten aus den neuen Entwürfen.

Über den Inhalt der Entwürfe zum Kapitalverkehrssteuergesetz und zum Umsatzsteuergesetz wissenden Berliner Blätter eine Reihe Einzelheiten mitzuteilen, die über die amtlichen Bekanntmachungen hinausgehen. Darunter sei folgendes hervorgehoben:

Bei der Körperschaftsteuer bleiben steuerfrei: Gesellschaften unter Beteiligung des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde, wenn Verlehrs- und Lieblingsspedee Gegenstand des Unternehmens sind, ferner gemeinnützige Gesellschaften, Krankenkassen, Berufsvereinigungen mit geschlossener Mitgliedschaft, die Fortsetzung einer Erwerbsgesellschaft mit Erben eines Gesellschafters, die Überlassung der Rechte an Erwerbsgesellschaften, an Abkündigung, Etern usw. des Abfallers. Bei d. m. b. H. falls ihr Stammkapital 50 000 Mark nicht übersteigt, gilt ein Steuerfuß von nur 3 Prozent.

In Paris kommen die bisher den Gewerkschaften gegenüber den A.-G. eingeräumten Vergünstigungen (für jeden Kaufmann nur ein Stempel von 5 Mark, Steuerfreiheit der zur Deckung von Betriebsverlusten dienenden Zuhufen). Auch die Kolonialgesellschaften werden den A.-G. gleichgestellt, dagegen sind die Vergünstigungen der Reichsbank aufrechterhalten.

Die Wertpapiersteuer beträgt für je 100 Mark des Nennbetrages die inländischen Plandarlehen, Gemeindefinanz- und Eisenbahnanleihen 0,50 Mark (wie bisher), für Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Gemeinden 2 Mark, für ausländische Aktien, Anzei und Genussscheine 7 Mark. Die in ausländischer Währung ausgedrückten Beträge werden nach dem für den Wechselstempel geltenden Vorwissen jeweils umgerechnet.

Der Entwurf der Körperschaftsteuer unterscheidet Händler, Kunden- und Privatgeschäfte. Die Steuer beträgt, in der Reihenfolge dieser Geschäfte, für je 1000 Mark: bei Kriegsanleihen des Reiches 10, 20 und 50 Pfennig, bei den übrigen Schuldverschreibungen und denen der Länder 20 Pfennig, 40 Pfennig und 1 Mark, bei Anleihen der Gemeinden, inl. Grundbesitz- und Hypothekendarlehen usw. 30 Pfennig, 60 Pfennig und 1,50 Mark, bei Aktien in- und ausländ. Gesellschaften, Anteilen, Genussscheinen und Bezugsrechten 1 Mark 6 Mark, 12 Mark, bei ausländ. Banknoten usw. 20 Pfennig 2 Mark, 5 Mark, bei ausländ. Zahlungsmitteln 10 Pfennig, 1 Mark, 2,50 Mark, bei Waren 40, 40 und 40 Pfennig. Die Reichsregierung kann Ermäßigungen eintreten lassen.

Der Entwurf der Körperschaftsteuer unterliegt in der Hauptsache: Veränderung des Zinsfußes von Grundstücken, Veränderung gewerblicher Schatzrechte und ganzer Geschäfte. Die Steuer beträgt 4 Prozent des Wertes des Gegenstandes zur Zeit der Entlassung der Steuerpflicht und ist höher als die allgemeine Umsatzsteuer festgesetzt.

Nach der Ertragsberechnung werden Mehrerträge erwartet: aus der Körperschaftsteuer rund 162 Millionen, Wertpapiersteuer 68 Millionen, Körperschaftsteuer 532 Millionen, Gewerbesteuer 119 Millionen, insgesamt 881,4 Millionen.

Das neue Umsatzsteuergesetz läßt die Einfuhr wie bisher steuerfrei, befreit die bisherige Befreiung aller ersten Umläufe nach der Einfuhr und unterwirft auch die Einfuhr in das Ausland der Steuer, ausgenommen diejenigen Lieferungen, die nicht der Fabrikant selbst ins Ausland vornimmt, sondern die durch den Ausführhändler (Exporteur) erfolgen. Das bisherige Vergütungsstufen wird nur aufrechterhalten, soweit es sich um Zugutengänge handelt; vergütet wird der Unterschied zwischen der allgemeinen Umlauf- und der Zuzufuhrsteuer. Durch diese Steuererhöhungen sollen 170 Milliarden Umläufe mehr erfaßt werden.

Vorgehen ist eine Erweiterung der jetzt auf Fertigfabrikate beschränkten Zuzufuhrsteuer durch Einbeziehung von Halb-erzeugnissen. Der Gesamtertrag der neuen Umsatzsteuer wird auf rund 25 Milliarden Mark im Höchstfalle bei 825 Milliarden Gesamtumsätzen veranschlagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vertragung des bayerischen Landtages.

Der bayerische Landtag hat sich bis Mitte Oktober vertagt. In seiner Schlussansprache gedachte Präsident Königsauer auch der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien. Er führte unter Zustimmung des Hauses aus, wenn der Oberste Rat der Entente die Selbstbestimmung der Völker achten, der Völkerverständigung dienen und einen wirklichen Frieden von Bestand anstreben wolle, so müsse er die warnende Stimme des ober-schlesischen Volkes achten und der Reichsregierung glauben, daß Deutschland ohne Oberschlesien nicht leben und seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen könne.

Die deutschen Gewerksvereine.

Wie der „Gewerksverein“, das Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) mitteilt, ist die Mitgliederzahl im Jahre 1920 auf 225 998 gestiegen, das ist gegenüber 1919 eine Zunahme von 36 167. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt insgesamt 22 365, die Zahl der Ortsvereine ist von 1728 auf 1869 gestiegen. Gegenüber rund 5 1/2 Millionen im Jahre 1919 beliefen sich die Gesamteinnahmen im Jahre 1920 auf 12 1/2 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben sind von 5 1/2 auf 9 1/2 Millionen Mark gestiegen, sind also hinter den Einnahmen um rund 3 Millionen zurückgeblieben.

Eine neue Wählerin im Rheinland.

Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entscheidung mitgeteilt, wonach sie beschlossen hat,

nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Vaterschaftsklagen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur Internationalen Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Besagten einbringen muß. Daß damit eine schwere Benachteiligung der deutschen Klägerinnen verbunden ist, bedarf keines besonderen Beweises.

Schweiz.

Der internationale Metallarbeiterkongress beschloß sich mit dem Bericht des Sekretärs Jig. Bern. Danach gehören dem Internationalen Verband achtzehn Länder mit 43 Landesverbänden und 4 600 000 Mitgliedern an. Besonders zu erwähnen sei der Beitritt einer der größten amerikanischen Organisationen mit 350 000 Mitgliedern. Auf dem Kongress ist Deutschland durch zwölf Delegierte vertreten.

Italien.

Die inneren Unruhen. Verschiedene Blätter berichten über eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten in Turin, wo es einen Toten und 13 Verwundete gab, sowie an verschiedenen anderen Plätzen in den Provinzen Modena, Parma und Mantua.

Aus In- und Ausland.

Wiesbaden. Der deutsche Postsekretär Klefford wurde ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert.

Paris. Der „Matin“ verbreitet aus Athen das abenteuerliche Gerücht, der frühere Zar Ferdinand von Bulgarien habe versucht, in Bulgarien einzudringen und die augenblickliche Regierung zu stürzen. Die Behörde hätte ihn aber gezwungen, schließlich das bulgarische Gebiet zu verlassen. Daß daran nichts Wahres sein kann, geht schon daraus hervor, daß der frühere Zar soeben erst dem Priestertribunal des Prinzen Bag von Sachsin in Zaida beigegeben hat.

Lissabon. Der portugiesische Handelsminister ist zurückgetreten.

Die Hilfe für Rußland.

Politische Wirkungen der Not.

Die Nachrichten aus Rußland lauten nach wie vor erschütternd. Nach bolschewistischen Mitteilungen hätten die russischen Eisenbahnen, die den Verkehr mit dem Doneggebiet unterhalten und die Ukraine mit Zentralrußland verbinden, am 25. Juli nur noch für drei Tage Heizmaterial gehabt. Um eine Katastrophe zu vermeiden, wurde alles vorhandene Brennmaterial beschlagnahmt und der an sich schon sehr eingeschränkte Eisenbahnverkehr weiter eingeschränkt, was die Lage im Hungergebiet verschlechterte. Auch die Kohlenindustrie im Doneggebiet wird von Verkehrsbeschränkungen betroffen, so daß dadurch die Zufuhr von Lebensmitteln für die Grabenarbeiter erschwert wird.

Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß bis Ende Juli gegen 130 000 Personen an Cholera gestorben sind.

Sowjetbeschäfte.

In Moskau fand eine Sitzung des Sowjetrates unter Lenin zur Bekämpfung des Hungers und der Cholera statt. Unter anderem wurde beschlossen, die erhöhten Verpflegungsportionen für Angehörige und Spezialisten auszuheben. Brot darf nur 1/4 Pfund auf drei Tage vorausgibt werden. Sämtliche Getreidevorräte der Bauern jener Gouvernements, die nicht von Weizen betroffen sind, sind zu requirieren.

Ferner wird allen Bewohnern der Choleraerkrankten Zonen der Todesstrafe verboten, jene Zonen zu überschreiten. Bezüglich der Auslandspolitik verlautet, daß die Sowjetregierung gegen alle Staaten, die das hungernde Rußland mit Lebensmitteln versorgen werden, einen radikalen Wechsel ihrer Politik vorsehen wird.

Das letztere wäre allerdings sehr zu hoffen. Es geht nicht an, daß die Bolschewisten fortfahren, die Existenz der selbst schwer notleidenden Völker zu untergraben, die von ihren fargen Existenzmitteln ihnen noch möglichst viel abgeben sollen!

Das Rote Kreuz.

Der Präsident des Internationalen Komitees von Rotes Kreuz, Ador, hat das deutsche Rote Kreuz eingeladen, an einer Konferenz in Genf, am 15. August, teilzunehmen. Auf dieser Konferenz soll die Frage einer internationalen Rotes-Kreuzhilfe für Rußland beraten werden. Der Präsident des deutschen Rotes Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, hat geantwortet, daß das deutsche Rote Kreuz der Einladung entsprechen werde. Das deutsche Rote Kreuz stehe auf dem Standpunkt, daß angesichts der Größe des russischen Problems nur auf breiter internationaler Basis dem notleidenden Rußland wirksame Hilfe gebracht werden könne. Die bereits eingeleitete Hilfsaktion des deutschen Rotes Kreuzes auf sanitärem Gebiete wird hierdurch nicht berührt.

Die Abrüstungskonferenz.

Japan und Amerika.

Laut „Exchange“ stehen für die Tagesordnung der Washingtoner Abrüstungskonferenz folgende Richtlinien fest: 1. Anerkennung der offenen Tür im fernem Osten und am Stillen Ozean; 2. Aufrechterhaltung der politischen und territorialen Integrität Chinas; 3. Unverletzbarkeit Rußlands, besonders Sibiriens. Hierzu sagt Oberst House in einem Telegramm an Philadelphia Public Ledger: „Es bestehen diese Fragen, welche Schwierigkeiten zwischen Amerika und Japan herbeiführen können. Es wäre aber die bedauerndste Pessimistik, die je gemacht worden wäre, wenn diese Verschiedenheiten einen Krieg veranlassen. Ich hoffe, daß die Konferenz auch Rußland, Deutschland und den nahen Osten in die Sphäre ihrer Tätigkeit aufnehmen werde. Ist es auch nicht möglich, jetzt schon einen praktischen Erfolg davon zu erhoffen, so wäre eine vorläufige Regelung demnach von größter Wichtigkeit.“

Was der amerikanische Oberst sich bei der Einbeziehung Deutschlands in die Tätigkeit der Abrüstungskonferenz denkt, sollte er erst noch ein wenig erklären. Deutschland hat, soviel wir wissen, genügend abgerüstet, und wäre gewiß dankbar, wenn man es endlich in Ruhe ließe. Was die Amerikaner und die Japaner mit einander abzumachen haben, geht uns überhaupt nichts an, und selbst wenn wir wollten, wären wir nicht in der Lage, Interesse an der Sache zu beizugehen.

Rabinnetswechsel in Japan?

Nach japanischen Zeitungsmitteilungen kann Japans Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einen Rabinnetswechsel zur Folge haben. Der Ministerpräsident Hatayama lehnte die Verantwortung ab, welche durch Japans Teilnahme an der Konferenz der Regierungspolitik zugemutet werde. Als einziger Ausweg könne nur ein Koalitionskabinet gefunden werden.

Die internationale Kamogata, ein japanischer Kanak, wurde in Casara genannt.

Sächsischer

Sonnenaufgang. Sonnenenergie. 1792 Wiedergabe. Solarforscher Ad.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.

Die japanischen Unterseeboote. Es seien Schiffe gewissens Gruppen 20 000 Pferdekräfte.